

## 100% EE und dezentrale Energiewirtschaft

Resolution: Keine Renaissance der fossilen Energiewirtschaft durch die Hintertür

Im Pariser Klimaschutzabkommen hat sich die Weltgemeinschaft 2015 verpflichtet, die globale Erderwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter auf deutlich unter 2 Grad Celsius zu begrenzen, mit Anstrengungen für eine Beschränkung auf 1,5 Grad Celsius. Deutschland hat sich verpflichtet, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 65%, bis 2040 um mindestens 88% und bis 2045 auf Netto-Null zu reduzieren. Der BUND hat sich seit jeher für eine schnellere Reduktion der Treibhausgasemissionen eingesetzt und hat die genannten deutschen Ziele als verfassungswidrig unambitioniert vor dem Bundesverfassungsgericht beklagt. Die Zunahme von Extremwetterereignissen zeigt schon jetzt die Auswirkungen des Klimawandels und unterstreicht die Dringlichkeit.

Der schnellstmögliche Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energien und der Aufbau einer Energiewirtschaft, die zu 100% auf der Nutzung Erneuerbarer Energien beruht, ist zentral zur Erreichung der Klimaziele. Der BUND hat hierzu bereits vor Jahren einen umfassenden Plan (BUND Position 66) vorgelegt, viele Studien haben in den letzten Jahren die Notwendigkeit und Machbarkeit einer solchen Energieversorgung aufgezeigt. In unterschiedlicher Form setzen sie auf den starken Ausbau von Wind- und Solarenergie und eine begrenzte Nutzung von Biomasse, Wasserkraft und Geothermie, die Elektrifizierung von Mobilität und Wärmeversorgung, die Erüchtigung der (Verteil-)Netze, den Aufbau von Speicherkapazitäten und die Erzeugung von erneuerbarem Wasserstoff für spezifische Bedarfe, insbesondere in der Industrie.

Der Wegfall der Gaslieferungen aus Russland in der Folge des russischen Krieges gegen die Ukraine hat den zuvor schleppenden Ausbau von Erzeugungsanlagen und Infrastruktur für eine 100% Erneuerbare Energien Energiewirtschaft beschleunigt. Nach jahrelangen Auseinandersetzungen war der Ausbau Erneuerbarer Energien gesellschaftlicher Konsens. Ebenso im breiten Konsens wurden Maßnahmen zur kurzfristigen Sicherung der Energieversorgung in den ersten Jahren nach dem Wegfall des russischen Erdgases – auch mit fossilen Energieträgern – getragen.

Mit großer Sorge sehen wir, dass unter dem Deckmantel der kurzfristigen Energiesicherheit wieder der Ausbau fossiler Infrastruktur vorangetrieben wird, flankiert von einer Diskussion über die Renaissance von Atomkraft und einer massiven Kampagne gegen zentrale Elemente einer 100% Erneuerbare Energiewirtschaft. Importe von LNG-Gas (Liquified Natural Gas), neue Gasförderprojekte im In- und Ausland, der Aufbau einer CCS-Infrastruktur (Carbon Capture and Storage) und die Nutzung von blauem oder grauem Wasserstoff sind geeignet, neue Pfadabhängigkeiten (Lock-in-Effekte) zu erzeugen, die uns auf Jahre und Jahrzehnte an die Nutzung fossiler Energieträger ketten. Ernsthafter Klimaschutz heißt jedoch: Fossile Energieträger müssen im Boden bleiben.

### LNG – nicht besser als Kohle und Öl

Erdgas ist nur vermeintlich ein sauberer Brennstoff. Zwar entstehen bei seiner Verbrennung weniger CO<sub>2</sub>-Emissionen als bei Kohle oder Öl, aber nur wenn die Vorkettenemissionen ignoriert werden. Insbesondere bei der Förderung, aber auch beim Transport entweicht das hochklimawirksame Methan. Mit der Vorkettenemission von LNG liegt die Klimabilanz laut UBA bei der gleichen Höhe oder etwas über dem Wert der Klimabilanz von Erdölprodukten.

Deutschland plant mit sieben schwimmenden und vier an Land gebauten LNG-Terminals die größten LNG-Import Kapazitäten eines Landes in Europa. In Zeiten des Klimawandels ist dieser überdimensionierte Ausbau fossiler Infrastruktur unverhältnismäßig und geht über die Mengen hinaus, die durch den Wegfall russischer Erdgasimporte erklärbar wären. Nicht nur die Klimabilanz von LNG ist katastrophal, sondern auch die Umweltauswirkungen in den Förderländern. Deutschland importiert LNG aus den USA, wo Erdgas durch Fracking gefördert wird. Dafür werden Chemikalien tief ins Gestein gepresst, um das gebundene Erdgas zu lösen und fördern zu können. Diese Chemikalien verseuchen die Böden und das Grundwasser und die Export-LNG-Terminals emittieren große Mengen an Luftschadstoffen. Die lokale Bevölkerung leidet unter der Verschmutzung durch Förderung und Verflüssigung. Der Anteil von Menschen mit geringer ökonomischer Reichweite sowie der Anteil an PoC (People of Color) ist hier besonders hoch: ein klares Beispiel für Umweltrassismus.

Aber auch die Erschließung neuer Gasvorkommen im Inland, wie z.B. vor Borkum, in Reichling in Bayern oder in Brandenburg müssen sofort gestoppt werden. Diese Erschließungen erzeugen Lock-In-Effekte, sodass wir unsere Abhängigkeit von fossilen Energieträgern nicht beenden. Engagierte Menschen an all diesen Orten, ob in Texas, Nigeria, Binz auf Rügen oder in Reichling (Bayern) stehen in Solidarität, diesen klimapolitischen Irrsinn zu stoppen.

## CCS – Infrastruktur für die Gaswirtschaft?

Klimaschutz braucht Emissionsreduktion statt Endlagerung von CO<sub>2</sub> (CCS, Carbon Capture and Storage). Für CO<sub>2</sub> Transport und Verpressung werden neue fossile Infrastrukturen geschaffen, die mit erheblichen öffentlichen Geldern gefördert werden. Diese Gelder fehlen zum einen für echte Emissionsreduktionen. Zum anderen verleitet die vermeintlich einfache Lösung der Deponierung von Kohlendioxid dazu, die Anstrengungen der Emissionsminderung zu reduzieren. Der Bau der neuen Infrastruktur führt darüber hinaus zu neuen Eingriffen in die Natur.

Erneuerbarer Wasserstoff ist sinnvoll zur Emissionsreduktion, vor allem in der Industrie - nicht aber fossiler blauer Wasserstoff. Blauer Wasserstoff wird aus Erdgas produziert, das hierbei entstehende CO<sub>2</sub> abgeschieden und unter die Erde verpresst. Es verbleiben erhebliche Restemissionen, sowohl CO<sub>2</sub>-Emissionen aus der Wasserstoffproduktion, CO<sub>2</sub>-Abscheidung und Deponierung, wie auch Methanemissionen aus Förderung und Transport des Erdgases.

Transport und Deponierung von CO<sub>2</sub> benötigen einen hohen Energieeinsatz und treiben so den Verbrauch von fossilen Brennstoffen nach oben. Das Geschäftsmodell der Erdgasförderung wird verlängert und das Aufschließen neuer Erdgasfelder angereizt. Wenn einmal die Förderung begonnen wurde, kann diese nicht einfach wieder eingestellt werden. Diese Bürde wollen wir künftigen Generationen nicht hinterlassen.

## Gas ist kein Bestandteil der Wärmewende.

Die Hälfte des Energieverbrauchs in Deutschland wird für die Erzeugung von Wärme und Kälte eingesetzt. Sieben von acht Wohnungen in Deutschland werden noch durch fossile Energieträger beheizt – der größte Teil mit Gas. Deswegen braucht es bessere Dämmung, die Nutzung aller Effizienz- und Einsparpotenziale und den Umstieg auf die Nutzung von Strom aus Erneuerbaren Energien über Wärmepumpen. Dabei ist es wichtig, auf die richtigen Lösungen zu setzen. Wasserstoff ist und bleibt auf lange Sicht sehr teuer, zudem wird er für den Einsatz in der Industrie nötiger gebraucht. Auch synthetisches Gas – erzeugt mit Strom – ist ein Holzweg, es ist teuer und verlängert den Lock-in der Infrastruktur. Das Potenzial für umweltverträgliches

Biogas ist eng begrenzt. Die Wärmepumpe, mit erneuerbarem Strom betrieben, ist und bleibt die ökologischste Form zu heizen.

## Unsere Alternative – 100% EE und dezentrale Energiewirtschaft

Wir fordern von der Bundesregierung: Keine Investitionen in fossile Infrastruktur unter dem Deckmantel kurzfristiger Energiesicherheit! Schnellstmöglicher Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger! Dies gilt umso mehr als inzwischen alle Elemente für eine nicht nur ökologisch notwendige, sondern auch sozial und ökonomisch machbare Energiewirtschaft auf der Grundlage von 100% Erneuerbaren Energien auf dem Tisch liegen. Kostengünstige PV, Windkraft, Speichertechnologien und Wärmepumpen gilt es mit Energiesparen, Energieeffizienz und –suffizienz zu verbinden. Dafür braucht es eine Energiemarktregulierung, die dezentrale Lösungen unterstützt. Den zunehmenden Kampagnen gegen Klimaschutz und für die weitere Nutzung fossiler Energieträger gilt es, eine sozial gerechte Gestaltung der Energiewende entgegenzusetzen.